

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 218. Ratssitzung vom 2. April 2014**

**4867. 2014/97**

**Postulat der FDP- und GLP-Fraktion vom 26.03.2014:**

**Wohnsiedlung Paradies, Verzicht auf eine Subventionierung aus den Mitteln des letzten Wohnbaukredits**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Severin Pflüger (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4843/2014): Wir möchten auf eine zusätzliche Subventionierung der Wohnungen in der Wohnsiedlung Paradies verzichten. Auch nach dem Umbau werden die Wohnungen sehr kostengünstig sein. Der Mietzins für eine 4.5-Zimmer-Wohnung mit 95 Quadratmetern wird 1310 Franken pro Monat betragen. So günstig kann man in der Stadt fast nirgendwo wohnen. Der Stadtrat möchte einen Drittel der Wohnungen subventionieren. Die genannte Wohnung würde dann noch 980 Franken kosten. Wenn nun eine Wohnung einen Viertel des Einkommens kosten darf, befinden wir uns im Bereich des Einkommens von Personen, die Sozialhilfe empfangen und bereits Subjekthilfe für ihre Mietwohnungen erhalten. Unser Auftrag bezüglich des Wohnbaukredits war, dass wir teure Mieten vergünstigen können. Wir sollten nicht diejenigen Wohnungen subventionieren, die ohnehin schon günstig sind. Auch die Durchmischung ist bereits heute nicht mehr in einem gewünschten Bereich.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** In der Siedlung wurden bis jetzt 60 % der Wohnungen subventioniert. Wir senken diesen Anteil auf 30 % und gehen damit bereits in die richtige Richtung. Den Anteil auf 0 % zu senken, wäre nicht sinnvoll. Das Ziel sind möglichst günstige Wohnungen. Das kommt der Durchmischung im Quartier zugute. Es werden auch neue Leute einziehen. Somit finden bereits eine Durchmischung und auch ein Wechsel statt. Wir wollen aber keinen totalen Wechsel. Bei den Subventionierungen werden die Einkommen genau geprüft. Die Wohnungen sollen nur von Personen mit sehr geringem Einkommen bewohnt werden. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Pawel Silberring (SP):** Die Miete steigt von 850 Franken auf 1310 Franken. Das ist ein Aufschlag von 460 Franken. 60 % der Wohnungen sind momentan subventioniert. Sie werden demnach von Personen bewohnt, die den Einkommenskriterien entsprechen. Das Postulat würde dazu führen, dass alle, die auf eine subventionierte Wohnung angewiesen sind, die Wohnung verlassen müssen. Es gibt auch in Zürich Familien, die von Löhnen in der Tieflohnbranche leben. Diese Leute haben Schwierigkeiten, eine Wohnung für 1310 Franken zu mieten. In letzter Zeit wurden zahlreiche günstige Woh-*

2 / 2

*nungen durch Neubauten ersetzt, die nur noch für den Mittelstand erschwinglich sind. Die Preise sollten nach einer Sanierung im Rahmen bleiben.*

**Brigitte Baumgartner Kläy (Grüne):** *Wir lehnen das Postulat ebenfalls ab. Der Mietzins ist zwar nach der Sanierung immer noch günstig, beträgt aber mehr als 50 % mehr als zuvor. Die heutigen Bewohner müssen nach der Sanierung mehr als 50 % mehr Mietzins bezahlen. Selbst mit der Subventionierung würde die Mietzinserhöhung immer noch 25 % betragen. Für einkommensschwache Leute ist das belastend.*

**Martin Luchsinger (GLP):** *Wir haben eine beschränkte Menge Geld in der Stadt und eine beschränkte Menge Geld in den Wohnbaukrediten. Entsprechend müssen die Subventionen vorsichtig und am richtigen Ort gesprochen werden. Wir wollen nicht extrem hohe Mieten subventionieren. Wir wollen aber auch nicht bereits günstige Wohnungsmieten noch weiter hinuntersubventionieren. Das ist nicht das, was sich die GLP unter Subventionierung vorstellt. Wir müssen im richtigen Segment und nicht zu breit subventionieren. Sonst haben wir am Schluss die Mittel nicht mehr, um am richtigen Ort zu subventionieren.*

Das Postulat wird mit 47 gegen 65 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat